

Der Sozialstaat nach „Bürgergeld“, Krisen und Krieg (Ankündigung zur Apriltagung 2023 vollständiger Text)

Einige Zeit nach den in den letzten zweieinhalb Jahren gemachten Erfahrungen der Maßnahmen des Staates gegen die Pandemie und der gleichzeitig erfolgten weiteren Verschlechterungen des öffentlichen Gesundheitswesens....,

einige Monate nach der Einführung des so genannten Bürgergeldes, das noch nicht einmal die in den Jahren 2022/23 um sich greifende Inflation ausgleicht,

...einige Monate nach den mit einigem Elan vor allem von linken Bündnissen schwerpunktmäßig im Osten Deutschlands gestarteten „Sozialprotesten“

bietet es sich an, eine Bilanz zu ziehen und dabei die auch Entwicklung des so genannten Sozialstaats in den letzten Jahren zu betrachten.

Mit dem Verlauf mehrerer Krisen in letzter Zeit (Corona, Russland-Ukraine-Krieg) wurde gerade auch in sozialwissenschaftlichen Kreisen ein Wiederaufleben staatsinterventionistischer wirtschaftlicher Massnahmen konstatiert. Dies trifft vielleicht zu, jedoch war ein staatliches Eingreifen wieder einmal so stark interessengeleitet zugunsten wirtschaftlicher Unternehmen („Systemrelevanz“), und gleichzeitig so sehr zu Ungunsten der Armen, dass es selbst der herrschenden Regierung auffiel, dass dem so war und sie falsche Politiken korrigieren musste, so z.B. ihre „Gasumlage“ zurückziehen musste.

Wenn all die wirtschaftlichen Interventionen des Staates für Privathaushalte bisher überhaupt positive Folgen hatten, so können diese schon in der Mitte dieses Jahres mit einem satten Minus dastehen.

Grund: die seit 2022 staatlich induzierte Inflation, vor allen Dingen, was Dinge des täglichen Bedarfs wie Mieten, Lebensmittel und Energie (Heizenergie, Heizgas) betrifft.

Es gab für die Masse der Bevölkerung als Ausgleich nur kleine Gesetzesanpassungen (Wohngeld, BAföG, Kindergeld etc.) und sogenannte Einmalzahlungen (Heizkosten, Kindergeld, Lohnbestandteile). Davon abgesehen, dass einige Maßnahmen den Praxistest noch nicht bestanden haben: Strukturelle Veränderungen bleiben hier Fehlanzeige. Und: Die Vermögensschere zwischen wohlhabenden und armen /prekären Menschen geht gerade jetzt immer weiter auseinander.

Es gilt aber auch, diese Bilanz im Lichte weiterer zu sehen: Mit dem Abstand, den wir nach fast zwanzig Jahren seit Einführung der Hartz-Gesetze haben, wissen wir: Damals war das nur der Aufgalopp der neoliberalen Neugestaltung eines damals schon brüchigen „Sozialstaats“, des gesamten Gesundheits-, Sozial-, und Lohnsystems.

Eine strukturelle Entwicklung, die immer noch nicht gestoppt werden konnte.

Stichpunkt für unsere Diskussion als Erwerbslose und Prekäre sind auf unserem Treffen:

- * Sind die Einmalzahlungen, eigentlich bekannt aus der Tarifpolitik der Gewerkschaften, die neuen Sozialleistungen bzw. der neue Sozialstaat? Sozialstaat = Fürsorge mit Einmalzahlungen?
- * Wie sieht die Regelsatzbemessung und –-entwicklung in Zukunft aus?
- * Welche, wenn auch minimalen, Ansatzpunkte, bieten staatsinterventionistische Maßnahmen in den letzten Jahren für eine Wiederaufnahme einer Existenzgeld-Diskussion und der Diskussion eines guten Lebens für alle?
- * Welchen Begriff haben wir von einem funktionierenden Sozialstaat, welche Bündnispartner*innen haben wir, mit wem können wir welche Schritte zur Veränderung gehen?
- * Wie kann „der Sozialstaat“ jetzt geändert werden, welche transformatorische Schritte sind zu bestimmen, die für uns nötig und praktikabel sind?
- * Welche staatliche Infrastruktur für besonders betroffene Gruppen muss zur Verfügung stehen?
- * Welche Entwicklung deutet sich bei Bürgergeld und „Wohngeldreform“ an, welches sind die Erfahrungen der ersten Monate 2023?
- * Wie gehen wir mit den aktuellen Gesetzesänderungen um, welche Beratungstipps können wir verbreiten?

Referent*innen sind: *Harald Rein, Frankfurt/Main (Sozialstaat)* und *Ulrike Gieselmann, Bielefeld (rechtliche Änderungen)* (siehe Zeitplan)

